

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 57 (1963)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : zweierlei Koexistenz ; Im Sowjetblock ; Amerikanische Widersprüche ; Der westdeutsche Störenfried ; Neue Spannung in Südostasien ; Notwendigkeit des Sozialismus
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140822>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zurückgestoßen worden. ‚Es ist kein Platz mehr im Boot‘, hat es damals geheißen. Wenn wir einen Schweigemarsch antreten wollen, dann müßten wir entlang der Grenze marschieren, von Genf bis Romanshorn und bei jedem Kilometer haltmachen und Gott um Erbarmen für uns und unsere Kinder bitten, weil an jedem Kilometer unserer Grenze Judenblut kleben kann.›

Red.

WELTRUNDSCHAU

Zweierlei Koexistenz Über west-östliche Koexistenz wird heute so viel geredet und geschrieben, daß sich immer wieder die Notwendigkeit aufdrängt, diesem Schlagwort einen klaren, redlichen Sinn zu geben. Professor J. L. Hromádka, der Vorsitzende der Christlichen Friedenskonferenz, sagte darüber an der letzten Tagung ihres beratenden Ausschusses in Prag ein gutes Wort. «Es gibt heute», so bemerkte er, «in der Welt die Ansicht, daß man zwar alles tun müsse, damit es nicht zum Atomkrieg kommt, und daß die Großmächte in diesem Bestreben mit aller Wahrscheinlichkeit übereinkommen werden. Gleichzeitig hören wir aber aus dem Munde verantwortlicher Staatsmänner oder wenigstens Politiker und Vertreter der öffentlichen Meinung, daß es notwendig sein wird, mit um so größerer Entschlossenheit alle wirtschaftlichen, finanziellen, psychologischen und Propagandamittel zu benützen, um ‚die andere Seite‘ zum Nachgeben zu bewegen . . . Man kann nicht sagen, daß der psychologische Krieg, der mit der Zeit immer raffiniertere Formen annimmt, gedämpft wäre . . . Die Koexistenz, wie wir sie verstehen, bedeutet etwas ganz anderes. Es ist eine Beziehung von Völkern, die durch ihre schöpferische, wissenschaftliche und kulturelle, sittliche und geistige, wirtschaftliche und soziale, politische und internationale Arbeit versuchen, ihren Einfluß zu bezeugen und im gegenseitigen positiven Wettrennen zu bestehen. Es geht darum, daß dem Menschen als solchem und der Menschheit als solcher geholfen werde, ein höheres Lebensniveau zu erreichen und alle geistigen Kräfte und kulturellen Güter zu entfalten. Solange die Reichen ihre Vorteile gebrauchen, um politisch oder sozial über die Armen zu siegen, solange eine Seite die andere bewußt schädigen und schwächen will, gibt es keine Koexistenz in Frieden und Zusammenarbeit; es ist vielmehr ein Fortsetzen der bisherigen Kriegsversuche, selbst wenn die Zerstörungswaffen dabei ausgeschlossen bleiben.»

Ist aber, so fragt Hromádka, diese Auffassung der Koexistenz nicht wirklichkeitsfremd? Ist nicht die ganze Geschichte mit dem Ringen um den Sieg einer Idee, eines sozialen Programmes, einer bestimmten

Kultur über entgegenstehende, vielleicht minderwertige Lebensformen verbunden? «Ist nicht der ganze Bereich der westlichen sogenannten christlichen Zivilisation durch sein innerstes Leben und seine sozialrechtlichen und politischen Ordnungen unausweichlich darauf hin ausgerichtet, seine Auffassung der menschlichen Gesellschaft und Zivilisation auf friedliche oder kriegerische Weise den anderen Völkern aufzuzwingen? Sind nicht die Völker, die durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklassen geformt sind, ihrem Wesen nach gezwungen, ihr sozial-revolutionäres und humanistisches Programm langsamer oder schneller in das Leben der gesamten Menschheit hineinzutragen? In welchem Ausmaß kann man hier von wirklicher friedlicher Koexistenz sprechen? Und wie soll in dieses Bild die Sehnsucht der asiatischen und afrikanischen Völker mit ihrer besonderen geschichtlichen Tradition und geistigen Struktur eingegliedert werden?» Der Fragende antwortet — vorläufig — mit der Feststellung, daß rechtverstandene Koexistenz kein Aufgeben der eigenen Weltanschauung und des Kampfes für ihre Verwirklichung bedeutet. Sie bedeutet vielmehr «einen Aufwand aller inneren Kräfte, Fähigkeiten und der gesamten Bildung, um meine innere Überlegenheit, meine Sendung zugunsten der gesamten Menschheit zu beweisen und mich in der Welt nicht machtpolitisch, sondern durch meine Qualitäten im geistig-kulturellen oder sozialpolitischen Bereich zu behaupten». Das gelte besonders auch vom gläubigen Christen, der gerade durch seinen Glauben an das Evangelium «dorthin geführt (werde), wo der Mensch als solcher um die eigene Würde, Gerechtigkeit, Freiheit um höhere sozialpolitische Ordnungen ringt».

Vollkommen zutreffend! Es gilt, *diese* Art Koexistenz unbedingt festzuhalten und sich von dieser Linie nicht durch machtmäßige, aus menschlichen Zielsetzungen stammende Parteinahmen abdrängen zu lassen, also nicht «nur» den Atomkrieg (womöglich) vermeiden zu wollen, im übrigen aber den Machtkampf mit anderen Mitteln auf weltweiter Ebene fortzusetzen. In der Weltpolitik unserer Zeit gehen freilich beide Auffassungen und Strömungen vielfältig durcheinander, manchmal kaum richtig unterscheidbar, so daß große Aufmerksamkeit und Wachsamkeit dazu gehört, auf der *unserer* Grundanschauung entsprechenden Linie zu bleiben. Andererseits verzichten wir aber auch nicht auf die Aufgabe, die Bestrebungen und Bewegungen zu entwirren, die auf dem Boden der Machtpolitik wenigstens das Umschlagen des kalten in den heißen Krieg zu verhindern suchen. Wie steht es hier gegenwärtig?

Im Sowjetblock In einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Drew Pearson versicherte Chruschtschew erneut, daß der Sowjetunion und ihren Verbündeten die endliche *Abrüstung* als die erste und dringlichste Aufgabe erscheine. «Selbst ohne ein Abkommen mit den USA», so erklärte er, «werden

wir nicht unser ganzes Geld für Waffen ausgeben. 1964 wird unser Budget den gleichen Betrag aufweisen wie 1963 oder sogar noch weniger, und 1965 werden wir wahrscheinlich die Zuwendungen für das Militär noch weiter vermindern.» «Wir haben einseitig abgerüstet», behauptete der sowjetische Ministerpräsident, fügte aber aufrichtigerweise gleich hinzu, daß dabei «unsere Feuerstärke nicht schwächer, sondern stärker geworden» sei — was natürlich eine merkwürdige Art von Abrüstung ist. Als zweite Aufgabe nannte Chruschtschew den Abschluß eines *Nichtangriffsvertrages* zwischen West- und Ostblock. Dann müsse endlich einmal die *deutsche Frage* gelöst werden, die wie ein Fall von Blinddarmentzündung sei: «Jeder erkennt die Gefahr, aber der Patient will sich nicht operieren lassen. Er läuft weiter herum und verschlimmert seinen Zustand.» Nicht schlecht gesagt! Schließlich halte es die Sowjetführung für möglich, einen *Überraschungsangriff auszuschließen* durch Einsetzung von Überwachungstruppen auf beiden Seiten der West-Ost-Grenze. Darüber und über die anderen Punkte dieses Programms später noch ein Wort.

Der sowjetische Außenminister Gromyko erhob an der gegenwärtig stattfindenden Tagung der Vereinten Nationen die gleichen Forderungen und regte überdies die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz für die erste Hälfte 1964 an, mit Beteiligung der Staatschefs auf beiden Seiten. Wird die Sowjetunion auch den chinesischen Vorschlag für eine Weltkonferenz nur über die *atomare* Abrüstung unterstützen? Es sieht wenig danach aus. Ihr kalter Krieg mit China geht ja ungehemmt weiter, wobei Peking an gehässiger Schärfe nicht hinter Moskau zurückbleibt. Die Sowjetregierung ihrerseits rückt neuerdings auch von Chinas Grenzforderungen an Indien sehr bestimmt ab und läßt durch die «Prawda» (19. September) erklären, es habe niemals einen berechtigten Anlaß zu diesem Grenzstreit gegeben! Je weiter sie sich von China entfernt, um so näher rückt sie eben an Amerika hin, statt die Chinesische Volksrepublik dort zu unterstützen, wo sie einfach recht hat, und vor allem ihre Aufnahme in die UNO, mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat, aufs tatkräftigste zu betreiben. Man kann es nicht oft genug sagen: Ohne China sind alle Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen zuletzt vergeblich und tragen nur zur Vernebelung der wirklichen Sachlage bei.

Soll man auch die Umbildung der *tschechoslowakischen Regierung*, mit der Entfernung des für den Justizmord an Slansky und Genossen mitverantwortlichen Ministerpräsidenten Siroky durch den «entstalinisierten» Josef Lenart (der übrigens ebenfalls aus der Slowakei stammt), als ein weiteres Zeichen der Annäherung des Ostlagers an den Westen deuten? Auf jeden Fall bemüht sich Prag lebhaft um bessere Verbindungen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten, um der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei eher Herr zu werden, und in der Bevölkerung scheint man davon auch

größere Freiheit im Reiseverkehr mit dem Westen zu erwarten, von dem man sich allzusehr abgesperrt fühlt. Vom Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit den anderen osteuropäischen Ländern (durch die «Comecon», die Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit) verspricht man sich offenbar im Volk nicht viel, glaubt vielmehr (nach John Morgan im «New Statesman», 27. September), «mit einigem Recht», die Lebenshaltung werde dadurch vielleicht nur «auf den Stand der anderen Satellitenländer sinken».*

Amerikanische Widersprüche Aufseiten der *Vereinigten Staaten* wird gleichfalls betont «in Koexistenz gemacht». Vielleicht das erstaunlichste Zeichen dafür in letzter Zeit ist ein Sonderheft der millionenfach gelesenen Zeitschrift «Life» über die Sowjetunion (vondatiert auf 7. Oktober). Eine Arbeitsgruppe von Redaktoren und Photographen des Massenblattes hat diesen Sommer sechs Wochen lang die Sowjetunion kreuz und quer durchstreift und einen ungeheuren Stoff über das Leben aller Schichten der Bevölkerung zusammengetragen, der nun in durchaus freundlicher, ja überraschend rühmender Art und Weise auf 126 glänzend ausgestatteten Seiten vor dem verblüfften Leser ausgebreitet wird. Das Heft, so schreibt der Verleger C. D. Jackson zur Einführung, «ist für Sie eine beispiellose Gelegenheit, die Sowjetbürger bei Arbeit und Spiel zu sehen und Einblicke zu gewinnen, wie sie westlichen Lesern selten geboten werden . . . Sie werden wahrscheinlich überrascht sein zu erfahren, wie leicht es für Touristen ist, in der Sowjetunion herumzu-reisen.»

Eine derartige Veröffentlichung kann ihren Eindruck auf die Leserschaft unmöglich verfehlen und trägt sicher dazu bei, dem Durchschnittsamerikaner ein anderes, wirklichkeitsgetreueres Bild von der Sowjetunion zu vermitteln als dasjenige, das er sonst vorgesetzt bekommt — noch abgesehen davon, daß «Life» mit seinem Rußlandheft auch ein gutes Geschäft machen dürfte. Gewisse Geschäftskreise sind ohnehin daran, einen *vermehrten Handelsverkehr* mit den kommunistischen Ländern in die Wege zu leiten. Bereits ist Kanada mit dem guten Beispiel vorangegangen und hat aus seinen Überschußvorräten den Russen Weizen und Mehl im Wert von einer halben Milliarde Dollar geliefert. Warum, so fragen nicht wenige Amerikaner, sollen wir da zurückbleiben, wo wir doch gleichfalls Getreideüberschüsse im Ausland abzusetzen haben? Die Schwierigkeit ist bisher nur, daß die Sowjetunion eben nicht als «befreundetes Land» gilt, dem man Weizen mit Bundeszuschüssen liefern darf, so daß die Russen die bedeu-

* Eine ausgesprochene Entspannungsgebärde der tschechoslowakischen Regierung ist auch die nach der Niederschrift obiger Zeilen bekanntgewordene Freilassung des Prager Erzbischofs Beran und von vier Bischöfen, die alle bisher wegen Verweigerung einer Treueerklärung an einem Zwangsaufenthaltort festgehalten worden waren.

tend höheren inneramerikanischen Preise bezahlen müßten. Aber vielleicht finden die Politiker doch «den Rank», obschon die Dockarbeitergewerkschaft erklärt, sie werde nie Getreidelieferungen nach der Sowjetunion zulassen . . .

Präsident *Kennedy* selber hat ja in seiner Ansprache vor der UNO-Versammlung am 20. September einer Ausnützung der «Pause im Kalten Krieg» für eine bessere Verständigung mit dem Osten lebhaft das Wort geredet. «Wenn wir diesen Augenblick und Schwung (nach der Unterzeichnung des Moskauer Atomabkommens) nicht voll zu nutzen verstehen», so sagte er, «sondern unsere neugewonnenen Hoffnungen und Einsichten in neue Mauern und Waffen der Feindschaft umwandeln lassen — wenn diese Pause des Kalten Krieges lediglich zu seiner Erneuerung statt zu seiner Beendigung führt, dann wird die Nachwelt zu Recht in vorwurfsvoller Anklage mit Fingern auf uns alle zeigen.»

Schöne Worte! Aber in der gleichen Rede hat Kennedy eben auch wieder mit Nachdruck das Grundthema des Kalten Krieges abgewandelt: die angebliche Notwendigkeit der Verteidigung der «freien Nationen» gegen die Welteroberungs- und Weltrevolutionspolitik des Kommunismus. Der UNO-Berichterstatter der «Neuen Zürcher Zeitung» hat (in Nr. 3769) ganz bezeichnenderweise die Ansprache des Präsidenten als «eine Warnung vor Illusionen» bezeichnet, die an die Adresse der Sowjetunion und der UNO gerichtet sei. «Die Herausarbeitung der fundamentalen Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion — der Gegensatz zwischen freier Welt und monolithischen Sowjets — mochte dabei», so meint er, «vor allem der Belehrung der neutralistischen Mehrheit der Generalversammlung dienen.»

Solange der West-Ost-Konflikt auf *dieser Ebene* ausgetragen werden will, auf Grund der verzerrt-unwahren Gegenüberstellung von Freiheit hier und Knechtschaft dort, wird eben gerade das geschehen, was Kennedy vermieden wissen möchte: der Kalte Krieg wird immerzu erneuert, statt beendet zu werden. Hier gilt besonders, was Professor Hromádka (man erinnere sich an den Anfang dieser Weltrundschau) über echte und falsche Koexistenz gesagt hat. Kein Wunder, daß die offizielle Freiheitslosung der USA immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert. «Warum», so fragt beispielsweise der amerikanische Negerschriftsteller *James Boggs* in seinem aufsehenerregenden kleinen Buch «The American Revolution», «warum sollte Amerika kämpfen, daß die Welt frei wird, wo doch Amerika selber nicht frei ist? Warum führte Amerika den letzten Krieg für die Demokratie, wo es doch selber keine Demokratie hat? Wie können die Amerikaner wirklich für die Freiheit Afrikas sein, wenn sie nicht für Freiheit *innerhalb* der Vereinigten Staaten sind? Wie können die Amerikaner für Freiheit und Gleichheit in der ganzen Welt sein, wenn sie doch Freiheit und

Gleichheit nicht zuhause üben? Wie können die Amerikaner sagen, sie seien für parlamentarische Demokratie und freie Wahlen im Ausland, wo sie doch keine parlamentarische Demokratie und keine freien Wahlen zuhause haben? Wie kann Amerika Ländern in der ganzen Welt herum Ratschläge geben, wie sie ihre Probleme lösen sollen, wenn es nicht einmal seine eigenen Probleme lösen kann? Warum beansprucht Amerika, es wolle jedermann gutes wirtschaftliches Vorwärtskommen bringen, wenn es ihm doch so schwer fällt, seinen eigenen farbigen Bürgern wirtschaftliches Vorwärtskommen zu bringen? Wie können die Amerikaner behaupten, sie hätten eine freie Gesellschaft, wenn die Frage, wo er essen und wo er nicht essen kann, wo er in Bussen, Straßenbahnen und Zügen fahren kann und wo nicht, um auf keinen Neger zu stoßen, den weißen Durchschnittsamerikaner plagt, bevor er auch nur am Morgen seine Wohnung verläßt?»

In der Welt draußen spielen die Vereinigten Staaten erst recht keine glaubhafte Rolle als Vorkämpfer der Freiheit. Die Washingtoner Regierung versichert einmal übers andere, mit dem Regime der Familie Ngo Dinh Diem in *Südvietnam* müsse es gründlich anders werden, wenn der Krieg gegen die «Kommunisten» gewonnen werden solle, stützt das gleiche Regime aber weiterhin mit Millionenbeträgen und schreitet nicht wirksam ein, wenn der amerikanische Spionagedienst (wie kürzlich enthüllt worden ist) den Banden, die buddhistische Pagoden verwüstet haben, allmonatlich insgeheim 250 000 Dollar zu-steckt. *Südkorea*, ein kaum minder reaktionärer und verfaulter Staat als Südvietnam, wird von den Vereinigten Staaten gleichfalls mit schwerem Geld ausgehalten. *Indien* und das autoritär-konservative *Pakistan*, das mit China flirtet, werden nebeneinander von Amerika wirtschaftlich wie militärisch gestützt. Im *Mittelosten* begönnt Washington nicht nur Israel, sondern auch — und zwar mit kräftiger Nachhilfe von Dollars — die arabischen Despoten wie die nationalistischen und halbsozialistischen Revolutionäre. In ganz *Lateinamerika* läßt sich das «demokratische» Nordamerika Militärdiktaturen wie beispielsweise in Peru und neuerdings in Haiti und der Dominikanischen Republik gefallen — im Namen der «Allianz für den Fortschritt» — und sucht «gewaltlos» das neue Kuba fertigzumachen, das es gewagt hat, sich der amerikanischen Kolonialherrschaft zu entledigen. Wahrlich, ein merkwürdiger Freiheitskampf, den die Vereinigten Staaten in vier Erdteilen führen (denn in Afrika machen sie es nicht besser) und den Präsident Kennedy als das entscheidende Kennzeichen seiner Außenpolitik rühmt!

Der westdeutsche Störenfried Und dann erst die amerikanische Solidarität mit der «*großen deutschen Musterdemokratie*»! In Bonn steht ja gerade jetzt der vielberedete Kanzlerwechsel bevor. Aber es ist selbstverständlich, daß

daraus nicht auch ein Regimewechsel wird. Adenauer hat dafür gesorgt, daß er in entscheidenden Machtstellungen sitzen bleibt und sein Nachfolger *Erhard* keine wesentlich andere Politik treiben kann, als er selbst sie getrieben hat, weder im Innern noch nach außen. Auf dem Untergrund des «Wundererfolges» des westdeutschen Spätkapitalismus wird die Bundesrepublik weiterhin ein konservativ-klerikaler Polizeistaat mit unbewältigter nazistischer Vergangenheit bleiben, der mit Notgesetzen, Kommunistenverbot, Geheimdiensten und verschleierte Zensur arbeitet. Und außenpolitisch wird zielbewußt und gestützt auf die größte, modernste und schlagkräftigste Armee Westeuropas der wohlbekannte Kurs verfolgt, der den Umsturz der ganzen gegenwärtigen Machtverhältnisse in Osteuropa bringen soll. Vergebens hat Chruschtschew dem «liberalen» Führer Dehler bei dessen Besuch in Moskau klargemacht, daß es im Verhältnis Westdeutschland—Sowjetunion «nur die Wahl zwischen Krieg und Erhaltung der durch den Zweiten Weltkrieg in Mitteleuropa geschaffenen Tatsachen» gebe. In Bonn vertraut man trotz allen regelmäßig wiederkehrenden Zweifelanfällen fest auf den amerikanischen Bundesgenossen, der es nicht wagen dürfe, mit der Sowjetunion zusammen eine Bereinigung der zwischen den beiden Atomgroßmächten hängenden Streitfragen vorzunehmen. Das Ziel der Zerschlagung und Verjagung des Kommunismus aus Europa (wie natürlich auch aus den übrigen Erdteilen), so glaubt man, sei der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten so offenkundig gemein, ja vorgeschrieben, daß hier eine schlechthin unverbrüchliche weltpolitische, ja weltgeschichtliche Interessensolidarität vorliege.

In Washington faßt man zwar — wie in Moskau — mehr oder weniger ernsthaft ganz bestimmte weitere Schritte in der Richtung auf eine west-östliche Entspannung ins Auge, wobei (wie schon erwähnt) im Vordergrund der Abschluß einer Nichtangriffserklärung, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und besonders die Errichtung ständiger Kontrollposten an strategisch wichtigen Punkten beidseits des Eisernen Vorhangs stehen mit der Absicht, einen Überraschungsangriff zu verhindern. Aber in Westdeutschland — und zwar nicht nur auf der Regierungsseite, sondern auch bei der sozialdemokratischen «Opposition» — wehrt man sich fast verzweifelt gegen die «Gefahr», daß sich aus solchen Maßnahmen eine Lage ergeben könnte, in der die revolutionären bundesrepublikanischen Ostpläne gegenstandslos werden müßten. Die Losung ist: Vor allem keinerlei neue Abmachung, die, noch mehr als das Moskauer Atomabkommen, eine Anerkennung des ostdeutschen Staates bedeuten könnte, und keine Beschränkung militärischer Kontroll- und Abrüstungsverpflichtungen auf die beiden deutschen Staaten und ihre unmittelbaren Nachbarn, sondern Ausdehnung allfälliger derartiger Verträge auf viel weitere Gebiete, eingeschlossen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion.

Die Bonner Absicht ist einerseits, durch eine solche fast weltweite Ausdehnung von Abrüstungs- und Vorbeugungsmaßnahmen ihre Verwirklichung durch *schrittweises* Vorgehen zu verunmöglichen, anderseits für den Fall, daß doch schrittweise vorgegangen werden sollte, die Zustimmung Westdeutschlands von entscheidenden sowjetischen Zugeständnissen in der Frage der deutschen Einigung abhängig zu machen. Die erste Absicht — West-Ost-Verhandlungen von vornherein so zu verwickeln, daß sie scheitern *müssen* — ist offene Friedenssabotage. Die andere — Koppelung militärpolitischer Entspannung mit der Lösung der deutschen Frage nach Bonner Rezept — ist einfach widersinnig. Denn wie A. von Börries in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Nr. 9) zutreffend bemerkt, handelt es sich ja bei dem Vorschlag einer Kontrolle von Vorbereitungen für einen Überraschungsangriff um einen Vorschlag auf *Gegenseitigkeit*. «Das heißt, der Westen bekommt die Möglichkeit, eine bestimmte Zone . . . auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhanges wirksam zu kontrollieren oder, durch Neutrale, kontrollieren zu lassen. Und ebenso umgekehrt natürlich der Osten die entsprechende Möglichkeit auf der anderen Seite der gegenwärtigen Demarkationslinie. Nur ein gefährlich phantastisches ‚politisches‘ Denken, das lediglich die Alternative ‚Alles oder nichts‘ kennt, kann mit einer Handbewegung über eine derartige Chance hinweggehen . . . Man kann eben nicht argumentieren, die militärpolitische Entspannung sei ein einseitiges sowjetisches Interesse, dem der Westen nur dann Rechnung tragen könne, wenn die Sowjets bereit seien, den von der Bundesrepublik geforderten Preis dafür zu zahlen. Vielmehr ist heute jede Entspannung ein wirklich *allgemeines*, universales Interesse, ein amerikanisches wie ein sowjetisches, ein deutsches wie ein polnisches, ein britisches wie ein indisches usw. — und als ein solches allgemeines ist es heute auch das allen nationalen Sonderinteressen übergeordnete Interesse . . . Nur im Rahmen und als Konsequenz einer weltweiten Ost-West-Entspannung sind auch erste Schritte zu einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands denkbar.»

Und dennoch scheint die Regierung der Vereinigten Staaten die westdeutsche Beweisführung sich grundsätzlich zu eigen gemacht zu haben. Der Bonner Außenminister Schröder ist ausdrücklich zu dem Zweck nach Washington geflogen, um die Zustimmung Kennedys und Ruskys zu den westdeutschen Forderungen zu erlangen — und nach allen Berichten *hat* er sie erlangt, zusammen mit dem Versprechen, daß die Regierung der Bundesrepublik «bei allen weiteren Schritten (in Richtung Entspannung) rechtzeitig und gründlich konsultiert» werde. Befriedigt stellt die «Neue Zürcher Zeitung», die in solchen Dingen immer ein zuverlässiges Barometer ist, diese neubekräftigte Einheitlichkeit westdeutschen und amerikanischen Denkens fest (in Nr. 3781): «Walt Rostow, der zu den wichtigsten Beratern des ameri-

kanischen Präsidenten zählt, hat gerade zu diesem Zeitpunkt in einem Vortrag an der Universität Dayton die Rolle der Bundesrepublik mit einem Nachdruck unterstrichen, der jeden Gedanken, die amerikanische Politik könnte die Stabilität dieses Verbündeten durch zu weitgehende Konzessionen beeinträchtigen, von vornherein ausschließen müßte. Kennedy selbst hat in seiner Rede vor den UN klargemacht, daß die Vereinigten Staaten bei allen Bestrebungen nach internationaler Entspannung von ihren Prinzipien und von bestimmten Bedingungen nicht abgehen werden und daß sie dabei insbesondere ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Alliierten vorbehalten.» Noch mehr: Kennedy hat nun sogar seinen alten Plan wiederaufgenommen, Westdeutschland auf dem Weg über eine vielnationale NATO-Flotte an der Verfügung über den Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen. England wehrt sich zwar nach wie vor gegen diesen Gedanken, und der Labourführer Harold Wilson, der als kommender britischer Ministerpräsident gilt, hat sich ebenfalls wiederholt gegen die Möglichkeit gewandt, die Westdeutschen «den Finger an den Drücker der Atombombe legen zu lassen». Aber wird Großbritannien, hier auch zusammen mit Frankreich, diese Gefahr wirklich auf die Dauer bannen können? Die Tatsache, daß sich die Labourpartei schon jetzt auf die Nichtanerkennung der DDR festgelegt hat, läßt nichts Gutes in bezug auf eine Änderung der britischen Deutschlandpolitik erwarten.

Neue Spannung in Südostasien

Während in Europa wenigstens nach außen hin Entspannung die Losung ist, ist Südostasien aufs neue voller offener Spannungen. Zum Krieg in Südvietnam, dessen Ende noch nicht absehbar ist, sind jetzt die Wirren um die Gründung des neuen Staatenbundes *Malaysia* gekommen. Seit 1957 gab es ein unabhängiges Malaya mit elf kleineren Gliedstaaten; jetzt haben sich drei weitere Staaten — Singapur, dazu Sarawak und Saba (Nordborneo) — mit Malaya zu dem neuen politischen Gebilde zusammengeschlossen, das am 16. September im Rahmen des Britischen Staatenverbandes (dem Commonwealth) als Malaysia aus der Taufe gehoben worden ist.

Das neue Staatswesen wird nicht nur durch die 50 000 britischen Soldaten zusammengehalten, die es gegen China und Indonesien verteidigen sollen; sie haben als ehemalige britische Kolonien auch ein gemeinsames Verwaltungssystem und eine gemeinsame Währung, und Englisch ist sozusagen ihr gemeinsames sprachliches Verständigungsmittel. Der stärkste Volksteil in Malaysia sind die Malaien, aber Chinesen gibt es in erheblicher Anzahl überall, wie — in geringerer Zahl — auch Inder, Indonesier, Araber und Europäer. Den Anstoß zur Gründung Malaysias gab die Furcht der Regierung von Singapur, der riesigen Inselstadt an der Südspitze der Halbinsel Malaya, vor einer Revolution der dortigen chinesischen Kommunisten; ein Zusammenschluß mit Malaya, das ähnliche Sorgen hat, sollte diese Ge-

fahr für die beiden Staaten abwenden und damit zugleich das übrige Südostasien «vor dem Kommunismus retten helfen». Eine Schwierigkeit boten zuerst die in Nordborneo gelegenen Fürstentümer Sarawak und Saba, in denen sich starker Widerstand gegen den britischen «Neukolonialismus» — Englands «Schutzherrschaft» über Malaysia — geltend machte und auf die Indonesien, der Besitzer des Hauptteiles von Borneo, ein Auge geworfen hatte, so wie auch die Philippinen alte Ansprüche auf einen Teil dieses Gebietes erhoben. Eine Volksabstimmung, für deren Korrektheit sich die Vereinten Nationen verbürgten, bestätigte jedoch die geplante Zugehörigkeit der beiden Länder zu Malaysia, und so stand der Ausrufung des neuen unabhängigen Bundesstaates nichts mehr im Weg.

Ob er aber auch lebensfähig ist? Die meisten Beobachter scheinen überzeugt, daß er es sein werde und daß der Gegensatz zum chinesischen Kommunismus wie zum indonesischen Nationalismus ein genügend starkes gemeinsames Band um die doch etwas verstreuten Glieder des jungen Staatskörpers schlingen werde. Andererseits zählt aber Präsident Sukarno, Indonesiens ehrgeiziger Diktator, auf die alte Abneigung breiter Bevölkerungsschichten in Nordborneo, Singapur und Malaja gegen den britischen Kolonialismus und auf die Anziehungskraft des kommunistischen China, wie denn auch in Indonesien selbst eine starke kommunistische Partei besteht, die Sukarno unter Druck hält. Malcolm Caldwell spricht jedenfalls in den «Peace News» (13. September) dem Plan, aus Malaysia, den Philippinen und Indonesien einen neutralen, aber linksgerichteten Großstaat zu bilden, nicht jede Erfolgsmöglichkeit ab. «Sukarno», so schreibt er, «macht geltend, daß auf die Länge die Sicherheit und Standfestigkeit des ganzen Gebietes durch dessen Völker selbst gewährleistet wird, wenn sie in unangreifbarer Neutralität zusammenarbeiten und nicht auf fremde Armeen angewiesen sind, gesichert allein durch die große Mehrheit der Bewohner des Gebietes . . . Die drei Länder haben viel gemeinsam, und wenn sie geschlossen auftreten, würde ihre Gesamtbevölkerung (140 Millionen) vom Verteidigungsstandpunkt aus keineswegs zu verachten sein. Vorderhand, solange gegenseitiges Mißtrauen in Blüte steht, verzettelt sich freilich diese Kraft in brudermörderischem Streit.»

Notwendigkeit des Sozialismus Aber nochmals zurück zu unserem alten Europa. Daß auch hier — nicht nur in den unterentwickelten Ländern — der Zug nach «links», also in der Richtung auf eine sozialistische Ordnung hin, geht, dafür mehren sich neuerdings doch wieder die Zeichen. Die größten Hoffnungen knüpfen sich wohl an den Gang der Dinge in *Großbritannien*. Die Konservative Partei hat nach der immer mehr überhandnehmenden Meinung der Wählerschaft abgewirtschaftet; das Ende ihrer zwölfjährigen Herrschaft ist durch Skandale gekennzeichnet, die zum mindesten die Unfähigkeit der Regierung Macmillan erwiesen

haben, mit den lebenswichtigen Fragen des Landes fertig zu werden und die britische Wirtschaft aus ihrer Stockung und Überalterung herauszuführen. Der Labourpartei, die sich planmäßig auf die erneute Übernahme der 1951 verlorenen Macht vorbereitet, fällt damit eine ebenso dankbare wie dornenvolle Aufgabe zu. Und alles hängt davon ab, ob in ihren Reihen die Erkenntnis durchdringt, daß ohne einen neuen Anlauf zur Umstellung der Wirtschaft vom Gewinnstreben als Leitgedanken auf die Bedarfsbefriedigung die Erwartungen unerfüllt bleiben müssen, die jetzt das lohnarbeitende und in beunruhigendem Maß arbeitslose Volk auf sie setzt. Die Automation, die beispielsweise in den Vereinigten Staaten und in Westdeutschland schon jetzt anderthalb Millionen Arbeitskräfte im Jahr freisetzt, wird auch England mehr und mehr erfassen und das sozial- und wirtschaftspolitische Denken umwälzen.

Man hat davon am jüngsten Kongreß des Gewerkschaftsbundes in Brighton bereits recht deutliche Vorboten bemerkt; zum erstenmal haben sich da die mehr konservativen, «traditionalistischen» Gewerkschaften mit den vorwärtsdrängenden, «modernen» Industrieverbänden zusammengeschlossen, um nicht nur eine Bremsung der Lohnbewegungen abzulehnen, wie sie die Bundesleitung (etwas verschleiert zwar) in Kauf zu nehmen bereit war, sondern auch die Unterstellung der Schlüsselindustrien unter die Organe der Volksgesamtheit, die Brechung der Macht der Wirtschaftsmonopole und die Sozialisierung einer Reihe von Industrien (Straßenbeförderung, Flugzeug- und Schiffsbau, Stahl- und Elektroindustrie) zu verlangen. Und am bald darauffolgenden *Labourparteitag* in Scarborough entwickelte Harold Wilson ein Regierungsprogramm, das von einem neuen, frischen Geist getragen war und außer einer radikalen Umgestaltung des Schul- und Bildungswesens auch starke Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und wenigstens die Überführung der Güterbeförderung auf der Straße und der (schon einmal nationalisierten) Stahlindustrie in Gemeineigentum forderte. Aber genügt das heute noch? Im «Christian Socialist» (Oktoberheft) weist Paul Derrick mit Recht darauf hin, daß in einer Zeit, da das wirtschaftliche Gedeihen mehr und mehr von der Schaffung einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung abhängt, nichts Geringeres nötig ist als die Umgestaltung der ganzen Grundlage der Wirtschaft. «Die Ersetzung der Profitwirtschaft durch eine Bedarfswirtschaft ist jetzt nicht nur eine Sache des sittlichen Grundsatzes, sondern auch eine Sache dringender wirtschaftlicher Notwendigkeit. Nur durch die Anwendung sozialistischer Grundsätze kann die Labourpartei verhindern, daß wirtschaftliche Ausweitung in Inflation umschlägt.»

Solche Einsichten werden sich auch in anderen kapitalistischen Ländern durchsetzen müssen. In den nordischen Ländern sind zwar überall und zum Teil schon recht lange sozialdemokratische Parteien in mehr oder weniger verantwortlicher Machtstellung, und der kürz-

liche überraschende Erfolg der *norwegischen* Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen, der sie auch wieder in die kurz zuvor verlorene Regierungsmacht zurückbrachte, ist wesentlich ihrem neuen Tätigkeitsprogramm zu verdanken, das eine allgemeine Alterspension (nach schwedischem Muster) und eine weitgehende Verstaatlichung von Grund und Boden verspricht. Aber wiederum: Genügt das noch, um eine wirklich sozialistische Ordnung vorzubereiten? Von der *west-deutschen* Sozialdemokratie, die dem «Marxismus» abgeschworen hat und sich auf Reformen innerhalb des scheinbar so glänzend erfolgreichen bürgerlich-kapitalistischen Systems beschränken will, sei gar nicht weiter geredet; ihre Führer drängen einfach an die Macht und opfern diesem Streben alles, was früher den Stolz der deutschen Arbeiterbewegung ausmachte. Ob sich aber wenigstens in *Frankreich* eine Wiedergeburt des Sozialismus vorbereitet, ist noch alles andere als klar; man muß froh sein, wenn sich die Gegner de Gaulles — Linksbürgerliche, Sozialdemokraten und Kommunisten — nur einmal zu einem entschlossenen, handlungsfähigen Kampfbund zusammenfinden, der spätestens bei der Präsidentenwahl (1965) den immer autoritärer auftretenden «Général Moi» zu stürzen und eine Sechste Republik zu errichten imstand wäre.

Was schließlich aus dem von Frankreich unabhängig gewordenen *Algerien* wird, erscheint ebenfalls ungewiß. Ben Bella, der sich zum allmächtigen Diktator aufgeschwungen hat, verkündet wohl die radikale sozialistische Revolution mit Aufhebung allen Privatbesitzes an Boden, Banken, Handels- und Industriebetrieben, aber durch sein gewalttätiges Vorgehen hat er bereits die kabyllische Minderheit zum Abfall getrieben und wird wohl auch in der arabischen Bevölkerung mehr oder weniger offenen Widerstand finden. Aus der Ferne ist es zwar kaum möglich, die Aussicht auf eine grundlegende Umgestaltung der so gänzlich zerrütteten algerischen Wirtschaft abzuschätzen; aber daß eine Rückkehr zur Profit- und Ausbeutungswirtschaft, wie die Franzosen sie in ihrer ertragreichsten Kolonie betrieben, nicht mehr in Frage kommt, das ist doch wohl sicher, und man kann nur wünschen, daß die unsäglichen Leiden, die der Befreiungskampf über das algerische Volk gebracht hat, nicht noch auf unabsehbare Zeit durch die Notwendigkeit verlängert werden, eine gesellschaftliche Ordnung aufzubauen, die auf viel mehr Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit beruhen muß, als das «braune Afrika» — der Norden des Schwarzen Erdteils — sie jemals gekannt hat.

6. Oktober

Hugo Kramer